

Unverkäufliche Leseprobe



Patrick Bernau
Bürokratische Republik Deutschland
Report aus einem überregulierten Staat

2025. 175 S.
ISBN 978-3-406-83785-2

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/38844408>

C·H·Beck

PAPERBACK

Patrick Bernau

Bürokratische Republik Deutschland

Report aus einem überregulierten Staat

C.H.BECK

© Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, München 2025

Wilhelmstraße 9, 80801 München, info@beck.de

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: geviert.com, Michaela Kneißl

Umschlagabbildung: Composing aus mehreren Shutterstockmotiven:

Dee-sign, stockphoto-graf und Lightspring via shutterstock

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 83785 2



verantwortungsbewusst produziert

www.chbeck.de/nachhaltig

produktsicherheit.beck.de

Inhalt

Ein Problem namens «Bürokratie»	9
Wie Deutschland leidet	10
Das Problem wächst	11
Wie Sinnvolles verhindert wird	13
Blockade der Politik	15
Das Misstrauen wächst	18
Das Gute an der Bürokratie	20
Warum es zu viel wird	22
Wie Überregulierung sich selbst abschafft	25
Die Verwaltung kapituliert	27
Ist jeder Versuch vergeblich?	30
Der falsche Bürokratieabbau	34
Wo die Hoffnung herkommt	38
So geht es jetzt weiter	41
In Deutschland sind alle zuständig	45
Wie Bund, Länder und Kommunen einander blockieren . . .	46
Der Föderalismus sollte schon immer blockieren	47
Das Kartell der Bundesländer	49
Falscher Föderalismus	51
Verworrene Verwaltung	52
Inzwischen ist jeder zuständig	53
Selbst die Beschleunigung verlängert Projekte	56
Sogar die Politik verheddert sich	58
Die linke und die rechte Hand	60

Der Staat misstraut uns – und auch sich selbst	62
Viele Behörden verderben das Projekt	64
Das Problem mit der Europäischen Union	66

Paternalismus und andere Bevormundungen	69
Die Grenzen von Europas Macht	71
Neue Technik, alte Fehler	73
Viel Aufwand, wenig Schutz	75
So viel Schutz wollen die Leute gar nicht	76
Der Papierkrieg mit der Bank	77
Wie der Staat uns vor dem Guten schützt	79
Wir bevormunden die anderen gerne	81
Paternalismus war mal etwas Gutes	82
Wie der Schutz uns schadet	84
Die Gründe für die Bevormundung	85
Die große Wein-Freiheit	87
Grenzen des Paternalismus	88
Der Schutz wird zur Belastung	90
Der Staat entscheidet, wann wir arbeiten dürfen	92
Verbraucherschutz als Opfer des Lobbyismus	94
Ein Pizza-Rezept wird zum Gesetz	95
Wann Verbraucher wirklich Schutz brauchen	97
Wann Verbraucher auf sich selbst aufpassen können	98

Die beste Moral bringt die schlechtesten Gesetze	100
Man kann kaum leben, ohne anderen zu schaden	102
Niemand will ein Egoist sein	103
Warum in Städten immer noch Wohnungen fehlen	105
Gute Moral – schlechtes Gesetz	106
Gut gemeint oder gut gemacht?	107
Moralische Gesetze machen besonders viel Ärger	109

Beliebte Symbolpolitik	II0
Schlechte Gesetze und ihre Nebenwirkungen	III
Gesetze kann man auch besser machen	II3
Europa wird übergriffig	II4
 Die Untiefen der Verwaltung	 II9
Die Verantwortung der Ämter	I2I
Wie überlastet ist der öffentliche Dienst?	I23
Die Digitalisierung geht nur im Modem-Tempo voran	I25
Wie die Verwaltung ihre und unsere Zeit verschwendet	I27
Deutschlandtempo und deutsches Ämtertempo	I29
Die Verwaltung tickt anders – nicht immer besser	I32
Warum die Verwaltung anders tickt	I33
Die Verwaltung schmort im eigenen Saft	I34
Es sind nicht nur die Ämter	I37
Es beginnt mit den Chefs	I39
Eine Fehlerkultur fehlt	I40
Wie frei soll die Verwaltung sein?	I43
 Wie es trotzdem funktionieren kann	 I47
In der Politik	I49
In der Verwaltung	I57
In der Wissenschaft	I63
Bei uns allen	I65
Es kann funktionieren	I68
 Danke.	 I70
 Weiterführende Literatur	 I7I
Register	I74

Ein Problem namens «Bürokratie»

Warum Sie keinen Arzt finden und die Landfrauen
keinen Kuchen backen dürfen

Stellen Sie sich einmal vor, Deutschland hätte in seinem überlasteten Gesundheitssystem von heute auf morgen zehntausende zusätzliche Ärzte und Pfleger. Die Patienten würden besser und freundlicher behandelt und versorgt, sie bekämen viel schneller einen Untersuchungstermin. Wahrscheinlich würden einige ihre Krankheiten überleben, die heute noch daran sterben. Das klingt zu gut, um wahr zu sein? Dann kommen Sie mal mit auf einen kleinen Ausflug in Deutschlands Kliniken.

Dort werden die einzelnen Abteilungen alle fünf Jahre auf Herz und Nieren geprüft. Gutachter des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen kommen zum Beispiel in die Chirurgie und kontrollieren, ob das Krankenhaus den Vorschriften entsprechend ausgestattet ist – denn nur dann bekommt das Krankenhaus Geld von der Krankenkasse. Stimmt der Dienstplan mit der Realität überein? Haben die Ärzte wirklich genug Berufserfahrung, oder haben sie zwischendurch ein paar Jahre nur in Teilzeit gearbeitet?

Dann kommen die Sonderfälle: Wenn das Krankenhaus spezielle Kinderchirurgie anbietet, sind jederzeit mindestens fünf Fachärzte rufbereit? Wenn «teilstationäre interdisziplinäre Schmerztherapien» geleistet werden, arbeitet dann ein Psychotherapeut im Team mit und auch ein Physiotherapeut? Das Krankenhaus muss Facharzt-Urkunden vorlegen, Arbeitsverträge und die Vertretungsregelung. Wenn ein Arzt bei der Hochzeit einen neuen Namen angenommen

hat, muss das Krankenhaus auch seine Eheurkunde vorzeigen. Allein die Vorschriften für diese Prüfung umfassen rund 600 Seiten.

Insgesamt muss ein Krankenhaus rund 100 Stunden Arbeitszeit von Ärzten dafür einplanen, so hört es Peter Bobbert immer wieder, der Präsident der Ärztekammer Berlin und selbst Oberarzt in einem Krankenhaus. 100 Stunden: Das sind mehr als zehn Arbeitstage, in denen ein Arzt sich nicht um Patienten kümmern kann. Die ganze Prozedur ist aufwendig, aber nötig. «Niemand will sie abschaffen», sagt Bobbert.

Einen Monat später allerdings kommt der Medizinische Dienst wieder. Dann prüft er die Notfallmedizin. Dafür ist die Chirurgie auch wichtig. Also werden die Chirurgen noch mal kontrolliert. «Ich schätze: Zwei Drittel der Daten werden einfach noch einmal erhoben», sagt Bobbert. Warum der ganze Aufwand?

Der Medizinische Dienst kommt mit einem neuen Team. Die Prüfer wissen nicht, was ihre Kollegen einen Monat vorher festgestellt haben, und fordern alle Daten noch einmal an. Also gehen noch einmal mehrere Arbeitstage von Ärzten verloren. Und der Medizinische Dienst sagt: Es geht gar nicht anders, das Gesetz schreibt es so vor.

Das alles wäre kein großes Problem, sondern nur ein kleines Ärgernis, das sich in den kommenden Jahren wegen eines neuen Gesetzes sowieso entschärfen wird – wenn, ja wenn dieses Vorgehen nicht symptomatisch wäre für die Lage im Gesundheitssystem. Und für Deutschland insgesamt.

Wie Deutschland leidet

In den vergangenen Jahren haben Parlamente und Regierungen eine Regel nach der anderen beschlossen, immer mit guter Absicht. Sie haben die Verwaltung immer noch ein bisschen komplizierter gemacht – so lange, bis das Dickicht aus Regeln und Verwaltung

praktisch jedes Vorankommen verhindert. «Bürokratie» nennen die Deutschen das Problem. Es ist ein Ärgernis für jeden einzelnen. Es hemmt Unternehmen, die dem Land Wohlstand bringen sollen. Und es blockiert selbst Politiker, die das Land auf aktuelle Herausforderungen vorbereiten wollen. Das ist nicht nur lästig und teuer. Am Ende gefährdet diese Erstarrung sogar die Demokratie.

Um all das soll es in diesem Buch gehen. Bleiben wir aber noch einen Moment bei den Ärzten. Zehn Arbeitstage pro Abteilung alle fünf Jahre – damit könnte man leben, wenn es weiter nichts wäre. Doch es gibt noch viel mehr. Jeden Handgriff müssen die Ärzte dokumentieren, weil die Krankenkassen vielleicht eines Tages die Abrechnungen überprüfen wollen. Sie müssen sich auch dagegen absichern, in Haftung genommen zu werden, wenn die Behandlung schiefgeht. Und dann brauchen sie unterschriebene Einverständniserklärungen von den Patienten für jede Petitesse, selbst wenn die nur entlassen werden oder wenn ihre neu geborenen Kinder einen Hörtest bekommen sollen.

Rund drei Stunden am Tag ist jeder Arzt im Durchschnitt nur mit Bürokratie beschäftigt, hat die Ärztegewerkschaft Marburger Bund erfragt. Bei Krankenpflegern sind es nur ein paar Minuten weniger. Das heißt auch: Würde die bürokratische Last im deutschen Gesundheitssystem nur halbiert, dann gewänne Deutschland die Arbeitskraft von rund 30 000 in Vollzeit arbeitenden Ärzten allein in den Krankenhäusern, von weiteren zehntausenden Ärzten in den Praxen und von mehr als 60 000 Krankenpflegern.

Das Problem wächst

Natürlich sind Krankenhäuser nicht die einzigen, die unter diesem Problem leiden. Es leidet ganz Deutschland. Unternehmer leiden, wenn sie ein neues Werk oder eine ganz neue Idee in die Welt bringen wollen. Wissenschaftler leiden, wenn sie neue Entdeckungen

zum Wohl der Menschheit machen wollen. Politiker leiden, wenn sie dringend nötige Reformen anpacken wollen. Und jeder Bürger leidet ganz individuell. Das gilt nicht nur beim Kontakt mit Ämtern und Sozialversicherungen, der oft schwierig genug ist. Es geht noch viel weiter: Sie wollen die gleichen ETFs kaufen wie sonst, aber Ihre Bank verordnet Ihnen erst mal ein Finanz-Quiz? Sie können nicht ungestört im Internet unterwegs sein, ohne ständig Cookie-Banner wegzuklicken? Ihr neues Auto macht während der Fahrt ständig laute Töne, weil es glaubt, Sie würden zu schnell fahren – dabei hat es nur die Verkehrsschilder falsch erkannt? All das hat mit Bürokratie zu tun. Und die ist in den vergangenen Jahren kräftig gewachsen.

Die Bundesregierung hat im Jahr 2006 einen so genannten Nationalen Normenkontrollrat eingerichtet: Wissenschaftler, Praktiker und andere Experten versuchen abzuschätzen, was neue Gesetze an Kosten verursachen. Laut ihrer Schätzung ist der Aufwand für die Befolgung neuer Gesetze in Deutschland seit 2007 um 27 Milliarden Euro im Jahr gestiegen. Die Bürger tragen davon nur vier Milliarden Euro, also 50 Euro pro Kopf und Jahr. Die Verwaltung trägt weitere neun Milliarden, das meiste tragen die Unternehmen.

Da ist der Baustoff-Unternehmer, der in Stuttgart beim Bau des Eisenbahntunnels den Aushub wegschafft. Dieser Aushub ist nur leider – von Natur aus – mit Sulfat belastet. In Baden-Württemberg reißt selbst dieser natürliche Aushub die Grenzwerte. Das Material müsste auf eine Deponie gebracht werden, die nach allen Seiten hin abgedichtet wird. Die Lösung ist am Schluss gedanklich simpel, praktisch aber kompliziert: Der Aushub wird ins Ruhrgebiet verschifft. Dort darf man damit Böschungen sichern.

Da sind die Landfrauen in Bordesholm, die gerne auf dem örtlichen Weihnachtsmarkt Kuchen verkaufen wollten – so wie immer seit 48 Jahren. Doch weil das Gesundheitsamt mehr und mehr Kuchenverkäufe von Vereinen kontrollierte, rief die Vorsitzende beim Gesundheitsamt an und fragte nach den Regeln. «Da ist mir dann doch das Herz in die Knie gesackt», sagte sie dem Magazin SPIEGEL.

Denn in privaten Küchen durften die Torten nicht hergestellt werden, die Küchen mussten zertifiziert sein. Alle, die einen Kuchen backen wollten, brauchten ein Gesundheitszeugnis, so schildert sie es. Für die Helfer im Verkauf war eine Hygienebelehrung nötig. «Und es muss für jede Torte eine Zutatenmappe geben, in der alle Zusatzstoffe und Allergene aufgelistet sind. Das übersteigt unsere Möglichkeiten.»

Da sind auch Tausende von Unternehmen, die sich jahrelang mit enormem Aufwand auf die von der EU verlangten Nachhaltigkeitsberichte vorbereitet haben. Den CO₂-Fußabdruck ihrer Produkte sollten die Unternehmen bis in die letzte Schraube aus Asien hinein nachverfolgen, jeden geöffneten Farbeimer sollten sie protokollieren und seine Umweltauswirkungen angeben. All das sollten sie nach den Wünschen der EU berichten und prüfen lassen. Ein simpler Bericht sollte nicht so kompliziert sein, denkt man. Doch diese Detailversessenheit hat es in sich. Der Normenkontrollrat hat geschätzt, dass allein diese Berichte jedes Jahr rund 1,6 Milliarden Euro kosten. «Noch nie wurde durch nur ein einziges Vorhaben ein so hoher Aufwuchs an Bürokratiekosten ausgelöst», heißt es in einem Gutachten des Rates. Kleinere Unternehmen will die EU jetzt von den Berichten entlasten. Die Großen stehen aber immer noch in der Berichtspflicht.

Wie Sinnvolles verhindert wird

Die direkten Kosten sind nur ein Teil des Problems. Es geht noch weiter. Kleine Zulieferer in armen Ländern können die komplizierten Dokumentationspflichten aus Deutschland oft nicht erfüllen. Deshalb verlieren manche Zulieferer in armen Ländern ihre Aufträge und werden noch weiter in die Armut getrieben.

Auch die Deutschen gehen einige Vorhaben gar nicht mehr an, weil sie so kompliziert geworden sind. In Frankfurt wurde das Kurzfilm-Festival «Shorts at Moonlight» eingestellt, auch weil die

Vorschriften immer komplizierter wurden und 70-seitige Sicherheitskonzepte verlangt wurden. In Husum schloss ein Straßenbau-Unternehmen, weil der 46-jährige Chef Michael Hoff die Hälfte seiner Arbeitszeit für Bürokratie aufwenden musste. In Hamburg beendete das KI-Unternehmen Oxolo den Betrieb und gab die Schuld den europäischen KI-Regeln. Und das sind nur die Fälle, in denen vorher überhaupt etwas gegründet worden war. Niemand kann wissen, welche guten Ideen vor lauter Komplexität erst gar nicht angegangen wurden.

«[Es ist] keine Seltenheit, dass sich die Bewilligung von Forschungsförderanträgen ein dreiviertel Jahr und in manchen Fällen sogar zwei Jahre hinzieht», schreibt die Expertenkommission Forschung und Entwicklung. Zwei Jahre – da hat die Konkurrenz aus anderen Ländern ihre Forschungsvorhaben manchmal schon beendet.

All das macht unser Land ärmer, nicht nur finanziell. Oft werden Schulen nicht so weit digitalisiert wie möglich, weil es für die Schulträger zu kompliziert ist, das Fördergeld beim Staat zu beantragen. Jedes Künstliche-Intelligenz-Startup, das angesichts komplizierter KI-Regeln nicht mehr gegründet wird, macht das Land ärmer. Auch die Krankenhäuser leiden darunter: Eigentlich sollten sie für die Behandlung unversicherter Patienten Geld von der öffentlichen Stelle bekommen, die die Sozialhilfe bezahlt. So sieht es das Gesetz vor – Paragraph 25 des zwölften Buchs des Sozialgesetzbuches, um genau zu sein; auch im Asylbewerberleistungsgesetz gibt es eine ähnliche Regelung. In Berlin gibt es mehr unversicherte Patienten, als man gemeinhin denkt. Doch der Antrag macht so viel Arbeit, dass viele Krankenhäuser auf die Erstattung des Geldes lieber verzichten. Auch so geht dem Gesundheitswesen Geld verloren. Nebenbei verliert die Politik an Macht: Sie hat sich zwar Regeln ausgedacht, die sie sinnvoll findet – doch die werden vor lauter Komplexität überhaupt nicht eingehalten. Am Schluss wird die Demokratie geschwächt: Bürger haben für eine Politik gestimmt, die nicht umgesetzt wird.

Das Ifo-Institut in München hat versucht, all diese Effekte abzuschätzen. Das Ergebnis ist deutlich. Doch um es zu verstehen, müssen wir uns ins Jahr 2015 zurückdenken: Es war das Jahr, in dem die Griechenlandkrise erst eskalierte und dann ein Ende fand, und in dem danach Hunderttausende syrische Flüchtlinge sich auf den Weg nach Deutschland machten. Man kann nicht sagen, dass Deutschland damals eine Bananenrepublik war, eher war das Land damals schon etwas überreguliert. Auf dieses Jahr bezieht sich das Ifo-Institut. Hätte Deutschland damals einen umfassenden Bürokratieabbau angestoßen, dann läge das Einkommen jedes Deutschen heute durchschnittlich um fast 2500 Euro im Jahr höher, vom Säugling bis zum Greis. Deutschland sind fast 150 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung entgangen. Hätte die Bundesregierung die entsprechenden Steuern eingenommen, würde das jährlich viel diskutierte Haushaltsloch deutlich kleiner ausfallen. Da ist es kein Wunder: In einer Umfrage von Ifo-Institut und FRANKFURTER ALLGEMEINER ZEITUNG unter 650 deutschen Ökonomen im Jahr 2024 galten Regulierung und Bürokratie als größte Probleme der Bundesrepublik, mehr als 80 Prozent der Ökonomen hielten beides für eine Schwäche des Landes.

Blockade der Politik

Aber die Politik leidet noch darüber hinaus. Viele Vorhaben der Regierungen scheitern, weil sich die Politik selbst im rechtlichen Dickicht verheddert.

Der Bau kürzerer Bahnstrecken dauert in Deutschland vom Beginn der Planung bis zum ersten fahrenden Zug locker 25 Jahre. Gesetzeslage ist im Moment, dass Deutschland bis 2045 klimaneutral sein soll – also in kürzerer Zeit. Das heißt: Auf dem bestehenden Bürokratieniveau können Politiker nicht mal mehr neue Bahnstrecken bauen, um Deutschland rechtzeitig klimaneutral zu machen.

Wenn sich daran nichts ändert, verhelfen auch Hunderte Milliarden an neuen Staatsschulden dem Land nicht zu besseren Schienen. In diesem Buch werden wir noch einige Beispiele sehen, bei denen die Bundesregierung ihr Geld vor lauter Bürokratie gar nicht losgeworden ist.

Oder denken wir zurück an die Zeit nach Beginn des Ukraine-Krieges, als Gas und Benzin so teuer wurden. Da wurde das Geld ausgegeben – aber nicht so, wie die Bundesregierung es vorgesehen hatte, sondern mit wesentlich weniger Wirkung. Wie gerne hätten Politiker der Bundesregierung damals Pro-Kopf-Hilfen an die Deutschen gezahlt, aber das ließ der Zustand der Verwaltung nicht zu. Nur die Gemeinden kannten alle Bürger mit Kontonummer, aber auf die hatte der Bund keinen direkten Durchgriff.

Dann begann die Suche nach Alternativen: Sollte man stattdessen die Mehrwertsteuer senken? Das wäre schwierig geworden, denn die geht zum Teil an die Länder, und die hätten wahrscheinlich nicht zugestimmt. Oder die Einkommensteuer reduzieren? Das betrifft nur Menschen, die Steuern zahlen – gerade die Ärmsten wären dann durchs Raster gefallen. Oder nur die Hartz-IV-Sätze erhöhen? Das hilft den Ärmsten der Gesellschaft, aber nicht der unteren Mittelschicht, bei der das Geld ebenfalls knapp ist.

Schon seit Jahren bemängeln Ökonomen zu Recht, dass arbeitende Menschen mit niedrigen Gehältern manchmal schlechter dastehen als Hartz-IV-Empfänger, auch weil die Regeln aus Steuer- und Sozialrecht nicht richtig zueinanderpassen; auf dieses Bürokratieproblem werden wir ebenfalls noch zu sprechen kommen.

Am Ende stand ein Tankrabatt, den niemand wirklich wollte, nicht mal seine Erfinder. Und eine unglaublich komplexe Gaspreisbremse, die kein Endkunde jemals richtig verstanden hat – und, wie der Normenkontrollrats-Vorsitzende Lutz Goebel erzählt: die so kompliziert gewesen sei, dass viele Unternehmen sie gar nicht in Anspruch genommen hätten.

Tankrabatt und Gaspreisbremse waren nicht die einzige Reaktion

auf den russischen Überfall auf die Ukraine. Europa wurde sich auch darüber bewusst, dass es dringend aufrüsten muss, um sich besser verteidigen und Gegner besser abschrecken zu können. Doch während die Bundesregierung darüber nachdachte, eine Wehrpflicht einzuführen, damit Deutschland kriegstüchtiger wird, hatte sie den Kontakt zu fast einer Million trainierter Reservisten verloren, rund 93 000 davon haben einen Afghanistan-Einsatz hinter sich. Der Chef des Reservistenverbands sagte der *FINANCIAL TIMES*: «Das ist verrückt.» Und: «Wir wissen nicht mal, wie fit sie körperlich sind und ob sie noch einmal dienen möchten.» Warum kann man sie nicht einfach wieder ausfindig machen? Weil das der Datenschutz verbietet. Das Soldatengesetz sieht zwar vor, dass Soldaten ihren Umzug von sich aus melden – aber viele tun das nicht, und die Bundeswehr darf nicht bei den Einwohnermeldeämtern nachfragen. Die Zeitung zitiert das Verteidigungsministerium mit den Worten: Gute Kommunikation mit ehemaligen Soldaten sei wichtig, der Datenschutz aber auch.

So geht es oft: Entscheidungen aus früheren Zeiten setzen der Politik von heute so viele Grenzen, dass sie nicht mehr gut die Richtung ändern kann.

Ähnlich lief es mit der Migration. In den vergangenen Jahren kamen Bundes- und Landesregierungen allmählich überein, dass Deutschland mehr Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis abschieben müsse. Es folgten markige Ankündigungen und ein Interview des damaligen Bundeskanzlers Olaf Scholz im *SPIEGEL*, in dem er forderte: «Wir müssen endlich im großen Stil abschieben.» Was immer man politisch davon halten mag – sein Ziel erreicht hat Scholz jedenfalls nicht. Die Zahl der Abschiebungen stieg allenfalls um ein paar Tausend. Der Grund sind oft rechtliche Details: Hindernisse an der Abschiebung, Gerichtsurteile und vieles mehr. Die Europäischen Gerichte sollen Abschiebungen in Länder verhindern, in denen ihnen eine unmenschliche Behandlung droht – inzwischen geht es längst nicht mehr nur um Folter, sondern manchmal sogar

um die Arbeitslosigkeit im Land. Und selbst von den Abschiebungen, die in Deutschland trotzdem versucht werden, scheitern mehr als 60 Prozent. Wie gesagt: Menschlich und politisch mag man davon halten, was man will. Aber dass die Bundesregierung nicht mehr in der Lage ist, ein laut angekündigtes politisches Ziel zu verwirklichen, das ist nicht gut.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de